

A. a) Leitgedanken

Neminem laede; imo omnes, quantum potes, juva.“

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

– *DAS PRINZIP ALLER MORAL* -

Arthur Schopenhauer

(* [22. Februar 1788](#) in [Danzig](#); † [21. September 1860](#) in [Frankfurt am Main](#))

*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

*

Heimat gestalten und nicht nur verwalten!

Reinhard M. W. Hanke

Leitgedanke der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin



01) Auch Vertriebene wollten Menschenwürde, Freiheitsrechte und Frieden in Europa. Fabritius würdigt 70 Jahre Grundgesetz



Pressemitteilung

**Auch Vertriebene wollten Menschenwürde,
Freiheitsrechte und Frieden in Europa
Fabritius würdigt 70 Jahre Grundgesetz**

Heute vor genau 70 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von Konrad Adenauer – damals Vorsitzender des Parlamentarischen Rates – verkündet. Um Mitternacht trat es in Kraft. Anlässlich dieses Jubiläums erklärt der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius:

„Seit nunmehr 70 Jahren bildet die deutsche Verfassung – unser Grundgesetz – gleichermaßen Fundament wie Rahmen unserer Gesetzgebung. Seine vielleicht größte Leistung besteht darin, dass nach dem finsternen Tal des Zweiten Weltkrieges – mit dem Zivilisationsbruch der Nazi-Zeit, den weltweiten Zerstörungen, Flucht und Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit – die zukunftsweisende Rückbesinnung auf freiheitlich-demokratische Werte und die christlich-ethische Tradition unseres Landes gelang: Es ist bis heute Geschenk und Verantwortung zugleich, dass die unantastbare Würde eines jeden Menschen als wichtigster Wert und erster Artikel zum Dreh- und Angelpunkt unserer Verfassung wurde.“

„Die vollständige Wiederherstellung ihrer Menschenwürde ersehnten damals auch die Millionen in Westdeutschland angekommenen Vertriebenen“, so Fabritius weiter. „Aufgrund des bis 1948 bestehenden Koalitionsverbotes der Alliierten konnten nur wenige ihrer Vertreter im Parlamentarischen Rat die Entstehung des Grundgesetzes begleiten. Diese setzten sich aber besonders für die Aufnahme und Ausgestaltung der Freiheitsrechte sowie für die in Artikel 24 aufgenommene, angestrebte ‚friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt‘ ein. In diesem Sinne sind die Vertriebenen und ihre Verbände bis heute tätig“, betont der BdV-Präsident und verweist auf das aktuelle Jahresleitwort des Verbandes „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“.

Zu den Vertriebenenpolitikern, die am Grundgesetz mitschrieben, zählten etwa Dr. Hans-Christoph Seebohm (Deutsche Partei, später CDU), Dr. Willibald Mücke (SPD) oder der als West-Berliner im Parlamentarischen Rat nicht abstimmungsberechtigte Paul Löbe (SPD).

23. Mai 2019

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Codesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-Pawel Halatsch
Pressesprecher
Pressehaus 4204
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



02) Angekommen in der Patenstadt: Zum ersten Mal ist Regensburg Gastgeber des Sudetendeutschen Tages. Von Gernot Facius

Angekommen in der Patenstadt

Zum ersten Mal ist Regensburg Gastgeber des Sudetendeutschen Tages

Nun also Regensburg: Die oberpfälzische Stadt an der Donau, einst Heimstatt des Immerwährenden Reichstages, beherbergt Pfingsten den 70. Sudetendeutschen Tag in ihren Mauern. Regensburg ist die Patenstadt der Volksgruppe – seit genau 68 Jahren. Von Regensburg ging im 9. Jahrhundert die Christianisierung Böhmens aus. Bis zur Gründung des späteren Erzbistums Prag 973 gehörte ganz Böhmen zur Regensburger Diözese, noch bis ins 19. Jahrhundert umfasste sie Teile des Egerlandes. Einen Egerländer Familienhintergrund hat auch der gegenwärtige Bischof von Regensburg: Die Mutter von Prof. Dr. Rudolf Voderholzer stammte aus Kladrau. Der Sudetendeutsche aus der Bekenntnisgeneration, seit Langem SL-Mitglied, ist Hauptzelebrant des Hochamtes am Pfingstsonntag. Noch nie war die Donau-Stadt Gastgeberin eines ST. Die Veranstalter hatten sich stets Metropolen für das große Heimattreffen ausgesucht: München, Stuttgart, Frankfurt, Augsburg, Wien, ja sogar Köln am Rhein. Die Aufmerksamkeit der Medien war ihnen hier gewiss. Das altehrwürdige Regensburg war – trotz seiner historischen Verbundenheit mit dem „vierten bayerischen Stamm“ - zu klein, es lag an der Peripherie. Die Zeiten haben sich geändert. Die Generation, die die Vertreibung noch erlebt hat, ist inzwischen in der Minderheit. Die Besucherzahlen des ST gehen seit Jahren zurück. Das hat nicht nur demographische Gründe, es spielt auch Enttäuschung eine Rolle. Vielen ist die Landsmannschaft zu angepasst an politische Stimmungen. Immer mehr Plätze in den großen Messehallen bleiben leer. Daher, das ist verständlich, der allmähliche Rückzug in kleinere Städte. Und Regensburg ist ja eine gut zu begründende Wahl. „Eingedenk der jahrhundertealten historischen und kulturellen Bindungen zwischen der ersten deutschen Residenz und bayerischen Hauptstadt Regensburg und den böhmischen Ländern mit ihren beiden Heimatvölkern sowie der verwandtschaftlichen Beziehungen der Bürger der ehemals Freien Reichsstadt Regensburg zu den Deutschen Böhmens, Mährens und Schlesiens, aber auch der Leistungen der heimatvertriebenen sudetendeutschen Neubürger nach 1945 zum Wiederaufbau der Stadt Regensburg, haben der Oberbürgermeister, die Bürgermeister und der Rat der Stadt Regensburg am 10. November 1951 die Patenschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe übernommen.“ So steht es in der entsprechenden Urkunde. Am 9. März 1957 haben Stadt und SL die „Deutsche Gesellschaft zur Förderung der sudetendeutschen Volksgruppe gegründet, um „das Verständnis des deutschen Volkes für das Sudetenland und die Sudetendeutschen zu fördern und zu pflegen“. Im selben Jahr wurde auch die Sudetendeutsche Galerie geschaffen, die 1966 zur Stiftung Ostdeutsche Galerie erweitert wurde. Die Patenschaft will auch für alle Städte und Landkreise, die eine Patenstadt über eine sudetendeutsche Stadt oder einen Heimatkreis übernommen haben, der zentrale Ort für deren Zusammenwirken sein. Ein ehrgeiziges Ziel. Regensburg 2019 wird ohnehin zum Testfall: Wird der verkleinerte ST seine überregionale Ausstrahlung behalten oder begünstigt er eine Marginalisierung der Volksgruppe in der Zerstreung, indem er das sudetendeutsche Problem auf seine folkloristische Komponente reduziert? Von Regensburg ist es nicht weit in die alte Heimat. Das Treffen in der bayerisch-böhmischen Grenzregion kann Sudetendeutsche und für Verständigung im europäischen Geist aufgeschlossene Tschechen zusammenführen. Nur darf man eine solche Wahrscheinlichkeit noch nicht für den großen Brückenschlag halten. Die postkommunistische tschechische Gesellschaft, vor allem ihre politische Klasse, zeigt sich noch immer nicht zu der Selbstreflexion bereit ist, die einen „Schlussstrich“ oder „Schlusspunkt“ (Vaclav Klaus bei der Unterzeichnung der Deutsch-tschechischen Deklaration im Jahr 1997) unter das Unheil der



Drei Jahrzehnte nach der samtenen Revolution wäre es Zeit für eine Pax bohemica, sie könnte das Vorbild eines „ethnischen Friedens“ abgeben. Das setzt auf beiden Seiten Bereitschaft zu einem ehrlichen Ausgleich voraus. Es ist schon viel in Bewegung gekommen. Für das in deutschem Namen an Tschechen begangene Unrecht hat sich die SL bereits in der Hochzeit des Kalten Krieges entschuldigt. Stille Diplomatie und materielle Hilfe, auch nach dem Prager Frühling von 1968, haben Deutsche und Tschechen einander näher gebracht. Von politischer Seite in Prag steht allerdings eine unmissverständliche Distanzierung von der Vertreibung der Sudetendeutschen noch immer aus. Vaclav Havel hatte, als er den Gegenwind zuhause verspürte, seine mutigen Worte aus der Umbruchzeit 1989/90 relativiert. Eine nebulöse Verurteilung von „Exzessen“ reicht nicht aus. Das offizielle Prag beruft sich noch immer auf das Potsdamer Abkommen, mit dem die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die Zustimmung zum „Transfer“ der Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten gegeben hätten. Das ist Geschichtsklitterung, zumindest eine selektive Wahrnehmung. Denn als die Großen Drei von Potsdam im Nachkriegssommer 1945 zusammensaßen, war die Vertreibung längst im Gange. Amerikaner und Briten waren zwar der Meinung, dass „Aussiedlungen unvermeidlich waren“, aber sie wollten ihren Besatzungszonen keine übermäßigen Belastungen zumuten. Deshalb wurde in Artikel XIII des Potsdamer Protokolls sogar von einem Aufschub gesprochen. Die damaligen Prager Machthaber haben sich daran nicht gehalten. In ihren öffentlichen Äußerungen versteckten sie sich zwar hinter den Potsdamer Beschlüssen, doch gingen sie in ihrem konkreten Handeln weit darüber hinaus. Das sehen auch tschechische Historiker so. Zum Beispiel Tomas Dvorak von der Masaryk-Universität in Brunn: „Den erste Plan, einen Teil der Sudetendeutschen abzuschieben, gab es bereits in der Krise rund um das Münchner Abkommen 1938... Je stärker die Position der Tschechen im Exil wurde, desto umfassender wurden die Aussiedlungspläne. Bis daraus die Vertreibung aller wurde.“ Dvorak wies vor zwei Jahren im Prager Rundfunk zudem darauf hin, dass es keine wirkliche Rechtsgrundlage für den „Abschub“ gegeben habe. Deshalb sei per Dekret vom 2. August 1945 der Entzug der Staatsbürgerschaft angeordnet worden. „Es entstand in unserem Land der Mythos von Potsdam. In einem Teil der tschechischen Bevölkerung hält sich bis heute der Glauben, dass die Aussiedlung von den Alliierten entschieden worden sei. Das ist aber nicht wahr. Die tschechoslowakische Regierung war entschlossen, die Aussiedlung mit jeglichen Mitteln in größtmöglichem Umfang durchzuführen, und das auch ohne internationale Zustimmung.“ Diese Darstellung des Brünner Historikers kommt der historischen Wahrheit ziemlich nahe. Mehr noch: Sie stellt den Politikern in Deutschland und Tschechien, die sich bei der Vertreibung der Sudetendeutschen ausschließlich auf „Potsdam“ berufen, ein miserables Zeugnis aus. (fac)

